

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. bei halbjährlicher Vorbestellung 10 RM. jährlich 20 RM. Zusätzl. Beleggeld, Einzelnummern 10 Pf. Alle Postbestellungen und Bestellungen, welche Kostenträger sind, werden nach Möglichkeit gegen. Im Falle höherer Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Abkündigung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Pf., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 2 gespaltene Reklamazeile im zeitlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Tages- und Wochenblätter werden nach Möglichkeit Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 288 — 92. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Montag, den 11. Dezember 1933

## Ein scharfer Wind.

Als vor kurzem die Zeitung der „Deutschen Arbeitsfront“ einen kräftigen Vorstoß gegen die nach oben strebende Preisentwicklung geführt hatte, erfolgte dieses Vorgehen in voller Übereinstimmung mit der Stellungnahme der Reichsregierung, die sich immer deutlicher gegen die hemmungslosen Preisstrebereien alter und neuer Kartelle, Konventionen oder sonstiger Zusammenschlüsse aussprach, und nun dem mahnenden Wort auch die Tat folgen ließ. Die letzte Verordnung des Reichswirtschaftsministers hierüber hatte bei verschiedenen neuen Kartellen lediglich die Preisvereinbarungen aufgehoben, nicht etwa aber den Zusammenschluß selbst wieder beseitigt. Vor einigen Monaten noch hatte der Reichswirtschaftsminister sich damit einverstanden erklärt, wenn solche alten oder neuen Kartelle usw. Konventionen zu einer Heraushebung der Preise schritten, sofern diese wirklich und tatsächlich unter der Grenze der Herstellungskosten lagen, mithin eine Rentabilität der Betriebe auf andere Weise als durch Preiserhöhung nicht erzielt werden konnte. Von diesem Zugeständnis ist der Reichswirtschaftsminister aber nun immer mehr abgekommen, und schon seine letzte Verordnung erklärte, daß die Wiederherstellung der Rentabilität bei jenen Unternehmungen, die auch heute noch unter Preisdruck stehen, nur durch Umsatzerhöhung angestrebt werden dürfen.

Das hat der Minister Dr. Schmitt in einer Unterredung von neuem ausgesprochen. Infolge der verschärften Konkurrenz liege auch heute noch das Preisniveau vielfach unter den Herstellungskosten, und daher sei eine Korrektur an sich wünschenswert; aber, „das könne nicht jetzt und nicht gleichzeitig auf der ganzen Linie verbessert werden. Vielmehr müßten die in Frage kommenden Wirtschaftszweige, nachdem sie solange mit den unbefriedigenden Verhältnissen sich abzufinden genötigt gewesen seien, nunmehr auch damit zufrieden sein, daß sie erstens nur schrittweise und allmählich vorwärts kommen, und daß zweitens vor allem die Steigerung des Konsums, also die vermehrte Produktion dabei helfen müsse, die Wirtschaftlichkeit dieser Betriebe wiederherzustellen. Nicht Preiserhöhung also, sondern Umsatzerhöhung!

Befremdlich sind in zahlreichen Fällen Preiserhöhungen sozusagen unsichtbarer Natur dadurch erzielt worden, daß man die Abartgewährung stark einschränkt oder sie ganz aufhob. Auch sonst gab und gibt es allerhand Methoden, die den Abnehmer der Ware zu einer höheren geldlichen Leistung an den Lieferanten zwingen. Letzten Endes sind das eben nichts anderes als Preis-erhöhungen und „ich habe wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß Preissteigerungen auch Lohn erhöhungen zu Folge haben müßten, und daß wir beides jetzt nicht brauchen können, weil vor allem andern die Arbeitslosen in den Wirtschaftszweigen eingeschaltet werden müßten“, erklärte der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt. Es sei übrigens dabei gleichgültig, ob die beabsichtigte Preiserhöhung an sich berechtigt sei oder nicht! Man darf vielleicht noch hinzufügen, daß der Druck, unter dem die Krise schon seit langem die Preise gesetzt hatte, recht verschieden gewirkt hat: Während seit 1928/29 die „freien“ Preise, deren Höhe also durch den Wettbewerb bestimmt wird, teilweise sich bis Anfang 1933 auf die Hälfte und noch weniger erniedrigen mußten, haben die „gebundenen“ Preise diesen Sturz nach unten längst nicht in demselben Ausmaß mitgemacht, sondern bewegten sich zu erst sogar damals noch nach oben, als die Krise bereits der Wirtschaft schwere Wunden schlug. Diese gebundenen Preise sind dann überhaupt nur um ein Viertel ihrer früheren Stände zurückgegangen und haben außerdem seit ihrem tiefsten Stande im März d. J. schon wieder den Markt nach oben angetrieben. Da es sich hierbei vielfach um die sogenannten industriellen Grundstoffe handelt, auf denen sich die Herstellung der Fertigwaren aufbaut, so kann man heute sagen, daß für etwa die Hälfte der industriellen Gesamtproduktion in Deutschland die Last der Preisbindung vorliegt. Trifft also hier ein Steigen der Preise ein, so bedeutet das eine große Gefahr angesichts der immer noch erheblichen Kaufkraftschwäche innerhalb der Verbrauchermassen, die soweit es den einzelnen angeht, auf eine Einkommenssteigerung nicht rechnen können.

Dieses Festhalten an dem bisherigen Lohnniveau verlangt naturgemäß auch eine Stabilisierung der Preishöhe auf dem bisherigen Punkt; denn sonst würde ein Sinken des Lebensstandards unseres Volkes eintreten. Der Reichswirtschaftsminister bittet auch dringend den Erfolg der bisherigen Arbeitsbeschaffung noch nicht als einen Auslasspunkt zu betrachten, sondern nur als einen Anfang, weil ja schließlich die Zahl der Arbeitslosen immer noch sehr groß und weil vor allem die Beschäftigung in weitem Ausmaß nicht aus der Wirtschaft selbst heraus, sondern auf Grund öffentlicher Aufträge zu Stande gekommen sei. Natürlich ist dabei die Kaufkraft zwar nicht des einzelnen, aber der Gesamtmasse der Verbraucher gestiegen und — hier greift das Arbeitsbeschaffungsprogramm ganz besonders hart zum Gebiete der Preispolitik hinüber — die Steigerung der Konsum-

## Der Versailler Revision entgegen.

Auch England lehnt Frankreichs Diktatpolitik ab. Der französische Außenminister Paul-Boncour hat in einer Kammerrede rund heraus erklärt, daß das V und das O der französischen Politik der Völkerbund sei, so wie er ist, und daß Frankreich ihn unter keinen Umständen antasten lassen würde. Das ist die kategorische Antwort auf die offizielle Forderung Italiens nach radikaler Umformung des sogenannten Völkerbundes und auf die Ankündigung auch des Austritts Italiens im Falle der Verweigerung einer grundlegenden Umorganisation. Paul-Boncour hat mit jener Erklärung den Grund zu einer neuen schweren Niederlage seiner Außenpolitik gelegt. Man darf annehmen, daß Italien die Gegenantwort in sehr absehbarer Zeit nicht schuldig bleiben und damit die von Frankreich selbst heraufbeschworene Isolierung dieses sturen Diktatstaates vollenden wird.

Gleichzeitig kommen aus England Meldungen, die bestätigen, daß auch dort die Erkenntnis sich ausbreitet, wonach eine weitere Unterfütterung der französischen Diktatpolitik über Europa nicht mehr zeitgemäß ist.

So lehnt jetzt die führende Londoner Presse die Forderung Frankreichs nach noch mehr Garantien und militärischen Sicherheiten durch England „im Falle einer Invasion“ (I) glatt ab: England und Italien hätten Frankreich klar zu verstehen gegeben, daß sie keine neuen und automatisch anwendbaren Verpflichtungen über die bestehenden Verträge hinaus eingehen könnten. Es bestehe keinerlei Aussicht auf eine gemeinsame Front England-Frankreich-Italien-Amerika. Erneut empfiehlt man Frankreich direkte Verhandlungen mit Deutschland. Das ist deutlich genug. Zum Überflus hat auch noch der Führer der englischen Konservativen, Amery, also der frühere treueste Bundesgenosse Frankreichs, in einer öffentlichen Rede in Birmingham eine gründliche Reform des Völkerbundes gefordert, die Paul-Boncour soeben verweigert hat. Amery verlangt vor allem die Heraus-schneidung aller Klauseln über Bürgschaften und Sanktionen aus den Völkerbündstatuten, die beinahe den Teil I des Versailler Diktates bilden. Er verlangt ferner die Trennung der Genfer Satzung vom Versailler Vertrag und das Recht für Deutschland, über seine Wehrbedürfnisse allein entscheiden zu können.

Diese Forderungen aus solchem Munde zeigen wiederum, daß die Revision des unheilvollsten „Vertrages“ der Weltgeschichte aus der europäischen Diskussion nicht mehr fortzubedenken ist. Das neue Deutschland hat mit wichtigen Schlägen die ersten Breschen in die französische Frontvogel geschlagen. Italien folgte. Polen hat sich von der französischen Bevormundung frei gemacht. England ist in noch stärkerer Maße auf dem gleichen Wege und wäre unter modernerer Führung als der des ewig unentschlossenen, stets unzuverlässigen Romantikers

## Lustschutz schafft Arbeit!

Zu dem Erlaß des Reichsfinanzministers.

Im Interesse der Förderung des zivilen Lustschutzes hat der Reichsfinanzminister angeordnet, daß alle Aufwendungen, die Zweck des zivilen Lustschutzes dienen, bei Ermittlung des Einkommens aus Gewerbebetrieb, aus Land- und Forstwirtschaft und aus Vermietung und Verpachtung von unbeweglichem Vermögen (einschließlich des Mietwerts der Wohnung im eigenen Hause) für Zwecke der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer im Steuerabschnitt der Ausgabe voll abgesetzt werden können. Durch diese Anordnung wird den Steuerpflichtigen für Aufwendungen auf dem Gebiete des zivilen Lustschutzes eine wesentliche steuerliche Vergünstigung gewährt, wenn es sich um die Anschaffung oder Herstellung von Gegenständen handelt, deren Verwendung oder Nutzung sich bestimmungsgemäß auf einen längeren Zeitraum erstreckt. Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten brauchen nicht auf eine Reihe von Jahren mit der Maßgabe, daß jährlich eine Abschreibung erfolgt, verteilt werden, sondern sie können für die Zwecke der Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer im Steuerabschnitt der Anschaffung oder Herstellung der Gegenstände voll abgesetzt werden. Aufwen-

drauf muß genutzt werden, „um nun mehr die natürliche Beschäftigung unseres Wirtschaftslebens zu fördern, und mehr und mehr von künstlichen Aufträgen unabhängig zu machen“. Gerade darum sei es Sache des Reichswirtschaftsministeriums, alle Störungen auf das entscheidende zu unterdrücken, und zwar ganz besonders dann, wenn sich solche Störungen gegen die Hebung der Massenkaufkraft richten.

Es weht also seit einiger Zeit ein scharfer Wind, erfolgt ein kräftigeres Vorgehen gegen solche Störungen, also gegen Preiserhöhungen!

Macdonald schon viel weiter. Japan, Rußland, Amerika haben die Fortsetzung des Genfer Standbals für sich energisch zurückgewiesen. Frankreich allein wird die Entwicklung nicht aufhalten können, am allerwenigsten Herr Paul-Boncour, der erfolgloseste Außenminister Europas.

## Gleichberechtigung auch in kolonialer Beziehung!

Dem Kampf gegen die koloniale Schuldfrage geht ein vom Gewerband Groß-Berlin im Aufhäuserverband des Reichskolonialbundes im Clou veranstaltete Kundgebung, zu der neben vielen Angehörigen der ehemaligen Schutztruppen Vertreter der Wehrmacht, der Reichs- und Staatsbehörden, zahlreiche SA- und SS-Männer, viel Hitlerjugend und die Technische Reichshilfe erschienen waren.

Staatsrat Oberpräsident Kube

hob in seiner Ansprache hervor, daß selbstverständlich auch der Nationalsozialismus die Notwendigkeit einer deutschen Kolonisierungspolitik anerkenne. Das nationalsozialistische Deutschland werde die Tradition der Kolonien und ihrer Pioniere pflegen. Es erhebe Anspruch darauf,

von dem Matel befreit zu sein,

den Versailler in bezug auf die frühere Kolonialpolitik auf die deutsche Ehre legen wollte. Auch schloß seine Rede mit der Mahnung, die Arbeit in den Kolonialvereinen und damit die Pflege einer der schönsten deutschen Traditionen fortzusetzen.

Gouverneur a. D. Dr. Schner,

der Präsident des Reichskolonialbundes, widerlegte dann Punkt für Punkt die lägenhaften Behauptungen über mangelhafte kolonialisatorische Arbeit, über schlechte Behandlung der Eingeborenen usw. Für die Richtigkeit unserer Methoden der Eingeborenenbehandlung sei schlagendster Beweis

die Treue, die die Schwarzen uns jederzeit gehalten haben.

Wir hätten den Eingeborenen die Grundlage für ihr wirtschaftliches Wohlergehen geschaffen, hätten Ruhe in das Land gebracht und für Frieden, Ordnung und Sicherheit gesorgt. Alles das gebe uns einen berechtigten Anspruch darauf, zu fordern, daß wir unseren Anteil an eigenem Kolonialbesitz wieder erreichen.

Wir verlangen Gleichberechtigung auch in kolonialer Beziehung

und lehnen es ab, auf Grund von Lügen weiterhin als minderwertig behandelt zu werden.

maßnahmen für Lustschutz können unter den gegenwärtigen Verhältnissen in erster Linie bei industriellen Unternehmen (sogen. Werklustschutz), bei sonstigen Unternehmen mit großem Personalbestand und bei Hausbesitzern in Betracht. Hier handelt es sich im wesentlichen um Vorkehrungen zum Schutz des Personals, der Hausbewohner, von Werksanlagen, der Häuser usw. Es kommen beispielsweise in Betracht: Bau von Schutzräumen, Ausbau oder Herrichtung von vorhandenen Gebäuden oder Gebäudeteilen zu Schutzräumen, Beschaffung von Schutzgeräten, Alarmvorrichtungen, Vernebelungsapparaturen, Sanitätsmaterial und dergl., Anschaffung oder Herstellung von Fernmelde- und Verdunkelungsanlagen, Aufstellung und Ausbildung besonderer Gaschutz-, Feuerweh-, Entgiftungs- und Sanitätstrupps in den einzelnen Werken.

Für alle Hauseigentümer ergibt sich nunmehr eine Gelegenheit zum Ausbau von Lustschutzräumen, wie sie wohl kaum so bald wiederkehren dürfte. Von Seiten des Reichsfinanzministeriums wird es auch für unmöglich erklärt, daß später abermals ein Gesetz erlassen wird, das so günstige Möglichkeiten gibt, Gebäu den Zwecken des zivilen Lustschutzes anzupassen. Es liegt sowohl im Interesse des Lustschutzes als auch der Arbeitsbeschaffung, daß nunmehr unverzüglich mit der Herrichtung von Lustschutzräumen begonnen wird.

Bei den Ortsgruppen des Reichslustschutzbundes werden jetzt neuerdings auch Vauberatungsstellen eingerichtet, die im engsten Einvernehmen mit der Vau-polizei die Bevölkerung in allen Fragen des Schutzraumbaus unterrichten und aufklären sollen. Diese Einrichtung wird sich zweifellos bewähren, zumal bei diesen Vauberatungsstellen des RLV, auch alle Kosten und Steuererlässe Fragen sowie die Gewährung staatlicher Beihilfen erörtert werden können. Diese Maßnahme wird sich für die Arbeitsbeschaffung auch während der Wintermonate bewähren.